Frau R. erläutert aus Ihrer Sicht die Taubensituation rund um den Neuen Markt. Sie zeigt sich mit der Beurteilung von der TTK Stadtauben Initiative nicht zufrieden.

Sie berichtet hier über eigens getroffene Schutzmaßnahmen und über den gesundheitsschädlichen Kot der Tauben. Sie stellt fest, dass die ca. 60-70 Tauben sich umgesiedelt haben und fragt, ob es möglich ist, dass diese sich wieder zurück in Richtung Neuer Markt ansiedeln.

Auf die Anmerkung geht Frau Adam zum Tagesordnungspunkt 4 ein.

Herr Sch. teilt mit, dass beim Rhein-Sieg-Kreis ein Antrag eines Investors auf Errichtung von Windkraftanlagen auf Meckenheimer Stadtgebiet vorliegt. Hierzu stellt er folgende Fragen:

- 1) Wie will die Stadt sicherstellen, dass der Investor Bürgerbeteiligung durchführen muss?
- 2) Was passiert seitens der Stadt Meckenheim, wenn der Rhein-Sieg Kreis die Genehmigung untersagt z.B. aufgrund einer Schutzzone rund um die Erdbebenstation in Todenfeld?

Antwort der Verwaltung:

Bis jetzt hat sich der Investor nicht unmittelbar an die Stadtverwaltung gewandt.

Nach aktuellem Kenntnisstand sind die eingereichten Unterlagen beim Rhein-Sieg- Kreis noch nicht vollständig. Es fehlt z.B. die Aktualisierung des Artenschutzgutachtens.

Sollte die Entscheidung der Genehmigungsbehörde nicht im Sinne der Verwaltung ausfallen, besteht die Möglichkeit den Klageweg zu beschreiten.

Eine weitere Bürgerin meldet sich zudem mit einigen Einwohnerfragen:

- 1.) Wer genehmigt die Errichtung von Kaminen oder Holzöfen bei Mehrfamilienhäusern?
- 2.) Verhandelt die Stadt Meckenheim mit den Energieversorgern über Sondertarife für Stromlieferungen an Bürgern bei Nachtspeicherhöfen?
- 3.) Zudem möchte Sie wissen, wie ein Konzept zur zukünftigen Wärmeversorgung der Stadt aussieht?

Die Verwaltung antwortet hierauf wie folgt:

Zu 1.) Die Errichtung wird vom zuständigen Bezirksschornsteinfeger genehmigt.

Zu 2.)

Die Verwaltung hat keinen Einfluss auf die Preisgestaltung der Energieversorger.

Zu 3.)

Bezüglich eines Konzeptes zur zukünftigen Wärmeversorgung verweist die Verwaltung auf den nachgereichten TOP 9.2.

Hierzu ist vorgesehen bis 2028 eine kommunale Wärmeplanung zu erstellen.

Ziel muss es sein, auf fossile Brennstoffe zu verzichten, um so eine massive Reduktion der Treibhausgase zu erreichen.